Südschleswigscher Wählerverband

SSW

Press release
Kiel, 19.11.2007

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

SSW im Landtag

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 76
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

Schülerbeförderung: Landesregierung muss endlich für Klarheit sorgen

Der SSW fordert die Landesregierung auf, dem Landtag in dieser Woche zu erklären, wie sie die neue Position des Ministerpräsidenten zur Elternbeteiligung an den Schülerbeförderungskosten umsetzen wird. „Es wird Zeit, dass die Große Koalition den Dauerkonflikt Schülerbeförderung endlich befriedet", fordert die Vorsitzende des SSW im Landtag, Anke Spoorendonk.

„Der nordfriesische Kreistag hat am vergangenen Freitag mit den Stimmen zahlreicher CDU-Abgeordneter beschlossen, die Eltern nicht an den Kosten für Schulbusfahrten zu beteiligen. Es ist eine peinliche politische Niederlage für den Nordfriesen Peter Harry Carstensen, dass seine CDU-Basis ihm in dieser Frage nicht folgen will, die er selbst zur Sollbruchstelle der Großen Koalition hochstilisiert hat.

Die Opposition ist geschlossen gegen die Schülerbeförderungsgebühren, die SPD eigentlich auch und ein Großteil der CDU-Basis ebenfalls. Man fragt sich langsam, für wen die CDU auf Landesebene die letzten Monate eine Dauerehekrise mit Ralf Stegner und seiner SPD inszeniert hat.

Nach den Äußerungen des Ministerpräsidenten muss die Große Koalition ihren fatalen Beschluss zu Lasten des ländlichen Raums endlich wieder

SSW IM LANDTAG

rückgängig machen. Der Landrat und der Innenminister haben jetzt zwei Wochen Zeit um herauszufinden, wie der Beschluss des nordfriesischen Kreistags juristisch korrekt umgesetzt werden kann. Deshalb muss die Landesregierung noch in dieser Woche im Landtag erklären, welche Konsequenzen sie aus dem nordfriesischen Beschluss und den Ankündigungen des Ministerpräsidenten zieht.“

Der SSW hat heute einen Dringlichkeitsantrag für die am Mittwoch beginnende Landtagstagung eingebracht, in dem die Landesregierung aufgefordert wird darzulegen, welche Konsequenzen sie aus dem nordfriesischen Kreistagsbeschluss zieht.

SSW IM LANDTAG